

Linguistische Aspekte der forensischen Argumentation*

0. Vorbemerkung

Ich befasse mich in diesem Vortrag mit einem ausgewählten Aspekt des forensischen Diskurses, nämlich mit dem argumentativen Aspekt. Ich tue das deshalb, weil ich annehme – und darin stimme ich mit den meisten Argumentationstheoretikern überein – daß der forensische Diskurs im wesentlichen ein argumentativer Diskurs ist. Allerdings gehe ich anders als vor allem philosophisch orientierte und interessierte Argumentationstheoretiker wie z.B. Toulmin und Perelman nicht vom Gerichtsprozeß als paradigmatischem Fall für die Ausarbeitung einer allgemeinen Argumentationstheorie aus, sondern frage umgekehrt nach der Funktion allgemeiner Dialogstrategien für den spezifischen Fall des Gerichtsverfahrens. Was mich interessiert ist die Frage, wie alltagssprachliche Verfahren des Argumentierens in der Gerichtsverhandlung verwendet und möglicherweise institutionenspezifisch modifiziert werden. Vor allem beschäftige ich mich mit den sprachlichen Prozeduren, die unterhalb der Ebene rechtlicher Festlegungen den Gerichtsprozeß als Interaktionsprozeß in Gang halten und den Austausch von Argumenten möglich machen, anders ausgedrückt, ich will der 'Dialektik' von Argumentation nachgehen. Darüber soll die Logik nicht vergessen sein; den Begriff 'Logik' fasse ich allerdings ziemlich weit, was ich damit meine, ist der inhaltliche Zusammenhang von Argumenten in einer Argumentation. Es sind freilich nicht primär die Inhalte selbst, die hier von Belang sind, sondern die sprachlichen Mittel, die verwendet werden, um einen Argumentationszusammenhang aufzubauen, wie z.B. die Auswahl von Handlungsverben und die Distribution der Modalausdrücke. Der Vortrag beruht auf einer explorativen Studie; das Ergebnis ist weder eine linguistische Theorie noch eine empirisch repräsentative Beschreibung der forensischen Argumentation. Anhand von nur acht Fällen, die im Anhang beschrieben sind, werden verschiedene Beobachtungen letztlich ohne Anspruch auf systematische Verallgemeinerung zusammengetragen. Insofern gibt der Aufsatz einen Hypothesensuchprozeß wieder aus einem Bereich, dessen gesellschaftliche Relevanz und folgenschwere Bedeutung für den Einzelnen dies m.E. rechtfertigen.

1. Allgemeine Überlegungen

1.1 Konstitutive Bedingungen des Argumentierens

Da ich nicht beabsichtige, eine allgemeine Theorie des Argumentierens oder auch nur des forensischen Argumentierens vorzulegen, möchte ich mich auf wenige theoretische Bemerkungen beschränken, die allein den Zweck haben, einen Rahmen für die empirische Analyse abzustecken. Theoretisch weiterreichende Überlegungen finden sich in diesem Buch in dem Beitrag von Wolfgang Klein.

Wenigstens drei Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn man eine Konversation als Argumentation ansehen will.

1. Die **Voraussetzungsbedingung**: Es gibt ein Strittiges bzw. ein Problem. Dieses läßt sich als Frage, als "quaestio" formulieren. Die quaestio im Gerichtsprozeß lautet: Ist der Angeklagte schuldig im Sinne der Anklage?
2. Die **Durchführungsbedingung**: Die Beteiligten behandeln den Streitfall (das Problem) mit Rekurs auf Nicht-Strittiges. Der Proponent wird also versuchen, seine These, d.i. seine Antwort auf die quaestio, durch anerkannte Stützen zu untermauern, der Opponent wird sie durch anerkannte Widerlegungen angreifen. Anerkannte Stützen bzw. Widerlegungen sind Behauptungen, die
 1. von den Beteiligten als wahr akzeptiert werden,
 2. für den zur Diskussion stehenden Fall einschlägig sind.

Einschlägig ist ein Argument, wenn es als singuläre Instanz einer allgemeinen Regel angesehen werden kann, die von den Beteiligten über den zur Debatte stehenden Einzelfall hinaus akzeptiert wird. Z.B. ist die Feststellung: "A ist immer so abweisend zu mir" solange kein einschlägiges Argument für die Behauptung: "A hat ein Radio gestohlen", wie wir nicht bereit sind, eine allgemeine Regel der Art: "Wer abweisend ist, stiehlt auch" zu akzeptieren. Mit anderen Worten: die jeweilige Stütze (Widerlegung) hat den Status einer singulären und die allgemeine Regel, als deren Instanz die Stütze angesehen werden kann, den einer universalen Prämisse. Im Gerichtsprozeß sind die allgemeinen Regeln durch die Gesetze und die Prinzipien der Rechtsdogmatik gegeben. In die gerichtliche Argumentation gehen allerdings darüberhinaus Topoi der Alltagserfahrung als universelle Prämissen ein; auf diesen Gesichtspunkt komme ich in Abs. 1.3 zurück.

3. Die **Abschlußbedingung**. Argumentieren geschieht mit dem Ziel, einen Streitfall schließlich zu entscheiden bzw. ein Problem zu lösen. Über Fragen, die zwar strittig sind, aber in einer gegebenen

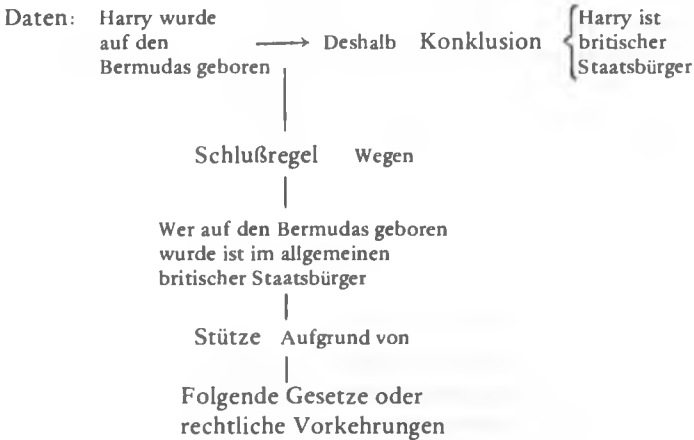
Situation nicht zur Entscheidung anstehen, wird man ebensowenig argumentieren wie über unstrittige Fragen. Die schließliche Entscheidung muß von den Beteiligten akzeptiert werden. Ist dies nicht der Fall, mißglückt die Argumentation, das Streitgespräch wird endlos fortgesetzt oder ergebnislos abgebrochen. Es ist dieser Gesichtspunkt der Akzeptierung von Entscheidungen, durch den die Notwendigkeit gegeben ist, einklagbaren Regeln und Prozeduren zu folgen: Entscheidung legitimiert sich aus der 'Legitimation durch Verfahren' (Luhmann 1969).

Für den Gerichtsprozeß besteht die Abschlußbedingung in dem institutionell vorgegebenen Zwang, ein Urteil zu sprechen. Der in alltäglichen Argumentationen eher implizite Zusammenhang zwischen Entscheidungsnotwendigkeit und Verfahrenslegitimität ist im Gerichtsverfahren in den etablierten Revisionsgründen institutionalisiert.

1.2 Ebenen der Argumentationsanalyse

In der Linguistik hat die Beschäftigung mit Argumentation eine vergleichsweise junge Tradition. Die 'linguistische' Argumentationsanalyse bezieht ihre Kategorien weitgehend aus der philosophischen Logik und der praktischen Philosophie. Vorläufig besteht sie hauptsächlich in einer Anwendung dieser Kategorien auf Alltagssprachliche Diskurse (z.B. in Göttert 1978). Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die linguistische Diskussion ebenso wie die rechtsphilosophische im Spannungsfeld zwischen Logik und Topik (bzw. Dialektik) entwickelt. Ansätze zu einer logischen Rekonstruktion natürlichsprachlicher Argumentation sind in der Linguistik u.a. von Metzinger 1975, Kummer 1972 und Schnelle 1975 vorgelegt worden. Die topisch-dialektische Tradition wird in Kopperschmidt 1973 fortgesetzt, ebenso in Quasthoff 1973. Zu besonderer Prominenz ist in der Linguistik Toulmins Schema der Argumentation gelangt, beinahe alle neueren linguistischen Arbeiten zur Argumentationsanalyse stützen sich auf dieses Schema.¹ Über den Umweg eines Artikels von Habermas 1974 hat es im übrigen auch in die rechtstheoretische Diskussion Eingang gefunden (Schneider/Schroth 1977). Für eine Untersuchung des Argumentierens bei Gericht ist dieses Schema deshalb von Belang, weil Toulmin selbst für seinen Ansatz das Gerichtsverfahren als Analogie heranzieht.² Toulmin unterscheidet in seinem nachstehend wiedergegebenen Schema drei Arten von Argumenten: Daten, Schlußregeln und Stützungen (vgl. D 1).

(D 1)

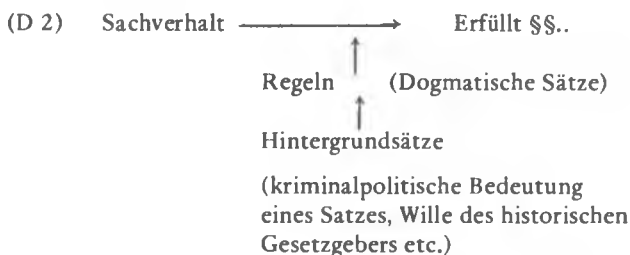


Hervorzuheben ist hier die Differenzierung zwischen Schlußregeln und Stützungen, durch die sich das Schema von dem des klassischen Syllogismus unterscheidet, wo Schlußregeln und Stützungen unterschiedlos als Instanzen der (universellen) Oberprämissen behandelt werden. Schlußregeln sind hypothetische Aussagen, die garantieren, daß der Übergang von gegebenen Daten zu einer Konklusion *z u l ä s s i g* ist; Stützungen sind kategorische Tatsachenfeststellungen oder Normfestlegungen, die angeben, inwiefern eine Schlußregel haltbar ist. Für die Argumentationsanalyse sind Stützungen unter zwei Gesichtspunkten von Belang:

1. In Abhängigkeit vom Typus des zur Diskussion stehenden Problems (ästhetisch, moralisch, rechtlich etc.) führen Stützungen unterschiedliche Tatsachen *b e r e i c h e* in eine Argumentation ein. Die Schlußregel "Wer auf den Bermudas geboren wurde, ist i.a. britischer Staatsbürger" kann nur durch völkerrechtliche Festlegungen und nicht durch bloße Beobachtungen über die auf den Bermudas gesprochene Sprache, die vorherrschende Hautfarbe o.ä. begründet oder bestritten werden. Art und Inhalt der Stützung einer Schlußregel entscheiden damit auch über die Einschlägigkeit eines Arguments.
2. Die zur Stützung einer Schlußregel herangezogenen Tatsachenfeststellungen determinieren, ob die Argumentation "substantiell" ist. Eine nicht-substantielle Argumentation liegt nach Toulmin dann vor, wenn die Wahrheitsprüfung für eine Stützung die Wahrheitsprüfung für eine

Konklusion bereits einschließt, so daß die Konklusion im wesentlichen durch eine Umsortierung der Prämissen zustande kommt und diesen gegenüber keine neue Einsicht enthält.

Für die Analyse gerichtlicher Argumentationen ergibt sich nun die Frage, wie die Oberprämissen von rechtlichen Schlüssen auf die Schlußregeln und Stützungen zu verteilen sind. Schneider/Schroth 1977 füllen das Schema wie folgt:



Hier fungieren rechtsdogmatische Gesetzesinterpretationen (z.B. "Wegnahme im Sinne von § 242 StGB bedeutet ...") als Schlußregeln, die ihrerseits durch den Rekurs auf rechtspolitische Grundsätze gestützt werden.

Die Anwendung des Schemas ist auf das den Tatbestand feststellende Urteil und seine rechtliche Absicherung beschränkt. Damit bezieht es sich primär auf die innere Logik der richterlichen Urteilsbegründung bzw. auf die innere Logik der Anwaltsplädoyers. Insoweit das so rekonstruierte Schema auf den Gesamtverlauf einer Verhandlung bezogen werden soll, bleiben drei Punkte offen:

1. Gerichtsverhandlungen haben nicht nur eine innere Logik, sie unterliegen auch bestimmten Verfahrensregeln, die größtenteils in den Bestimmungen der Strafprozeßordnung festgeschrieben sind, die aber unterhalb der Ebene der Strafprozeßordnung rechtlich nicht fixierte, jedoch konventionell eingespielte Verfahrensweisen zulassen. Es fragt sich, wie die unterschiedlichen Prozeduren der Verfahrensdurchführung in dem Schema rekonstruiert werden können.
2. In jeder Gerichtsverhandlung geht es zu einem großen Teil, nämlich während der gesamten Beweisaufnahme, darum, festzustellen, ob ein bestimmter Sachverhalt gegeben ist; es ist nicht so, daß die Daten (d. i. die Prämissen der Argumentation) einfach vorausgesetzt werden können, sie sind vielmehr im Laufe des Verfahrens zu ermitteln.

(Dabei stützen sich die Beteiligten freilich auf Vorinformationen wie eigene Wahrnehmungen, Polizeiprotokolle etc.) Die Frage ist, welche argumentativen Verfahren zur Etablierung der Prämissen verwendet werden und wie diese Verfahren auf den in der Anklage genannten Tatbestand bezogen sind.

3. Die rechtlich definierten Tatbestände umfassen i. a. die objektiven Merkmale der Tat und die subjektiven Merkmale des Täters. Die subjektiven Merkmale beziehen sich auf die Modalitäten der angeklagten Handlung, geschah diese "vorsätzlich", "bedingt vorsätzlich", "fahrlässig" etc. In der Beweisaufnahme geht es dementsprechend nicht allein darum, festzustellen, ob ein bestimmter Sachverhalt *p* gegeben war, sondern auch um *Einstellungen* des Angeklagten zu diesem Sachverhalt: *wußte* er, daß *p*, *nahm* er die möglichen Konsequenzen von *p* *in Kauf* etc.? Insbesondere in diesem Bereich kommen auf Seiten der Richter und Anwälte soziale Topoi und individuelle Alltagserfahrungen ins Spiel, die nicht ohne weiteres auf "den Willen des historischen Gesetzgebers" zurückführbar sind. Schneider/Schroth lassen völlig offen, wie (und ob) diese Elemente in Toulmins Schema zu rekonstruieren sind.

Toulmin rekonstruiert in seinem Schema die Logik der *Argumentation*. Dabei repräsentieren die einzelnen Komponenten des Schemas die *Argumente*, aus denen eine Argumentation besteht. Die Unterscheidung zwischen Argumenten und Argumentationen haben unter einem anderen Gesichtspunkt Klein 1978 und Quasthoff 1978 besonders hervorgehoben. Argumentation wird von diesen Autoren als eine komplexe sprachliche Handlung verstanden, deren Ziel es ist, zu einem Problem oder einer Streitfrage bestimmte Positionen vorzubringen, d.h. Argumente zu entwickeln. Argumentationen und Argumente sind damit ebenso wie bei Toulmin auf verschiedenen Hierarchieebenen ("Makro- vs. Mikrostruktur" – cf. Quasthoff 1978) angesiedelt. Allerdings involviert die Betonung des Handlungsaspektes eine gegenüber Toulmin verschobene Akzentsetzung: Handlungen haben nicht nur eine innere Logik, sie vollziehen sich auch nach bestimmten Ablaufschemata (dazu Kallmeyer 1978) und unterliegen damit Organisationsbedingungen, die z.B. Eröffnung, Durchführung und Abschluß einer Handlung regeln und weniger an logischen als an pragmatischen Gesichtspunkten orientiert sind. Metzing 1976 und besonders Quasthoff heben ferner den interaktionellen Aspekt von Argumentation hervor; argumentiert wird, wo Kontroversen auszutragen oder Probleme zu lösen sind (s.o.). "Kollektives Argumentieren" (Klein), das gegenüber "individueller Argumentation" wohl als Normalfall gelten kann, unterliegt daher ebenso

wie andere Formen unmittelbaren Austauschs gewissen Interaktionsbedingungen, die das Zusammenspiel der Beteiligten regulieren.

Ich schlage vor, generell den *V e r f a h r e n s a s p e k t* und den *E n t s c h e i d u n g s a s p e k t* von Argumentationen zu unterscheiden. Beide betreffen die Durchführung von Argumentationshandlungen, aber sie beziehen sich auf unterschiedliche Ebenen der Durchführung. Verfahrensregeln legen die Organisationsbedingungen des Argumentierens fest. Diese betreffen die Abfolge, in der die quaestio etabliert, These und Gegenthese vorgebracht und das Ergebnis festgestellt wird. Verfahrensregeln normieren ferner die Interaktionsbedingungen; dazu gehören die Regeln des turn-taking und die Mechanismen der wechselseitigen Ratifizierung der quaestio, der Teilquaestiones und der gemeinsam akzeptierten Prämissen.

Entscheidungsregeln legen fest, wann man von den Prämissen zu einer Konklusion übergehen darf. Ein Übergang gilt z.B. dann als zulässig, wenn die Konklusion aus der Menge der Prämissen folgt. Ob die Konklusion aus den Prämissen folgt, wird durch Form und Inhalt der betreffenden Aussagen bestimmt. Die klassischen Schlußfiguren, z.B. der *modus ponens*, beziehen sich auf die Form der Argumente. Eine Argumentation, die sich z.B. im Format des *modus ponens* rekonstruieren läßt, wird i. a. als haltbar angesehen, sie muß deswegen aber noch nicht stichhaltig sein. Die Stichhaltigkeit kann z.B. dann fehlen, wenn herangezogene Argumente nicht einschlägig sind. Einschlägigkeit bezieht sich nämlich nicht auf die Form eines Arguments, sondern auf die Sache, über die das Argument etwas aussagt. In der klassischen Tradition ist die formale Seite des Argumentierens in der Logik, die inhaltliche Seite in der Topik behandelt worden.

1.3 Logische und topische Aspekte der forensischen Argumentation

In der rechtsphilosophischen Literatur gibt es eine anhaltende Diskussion über die logischen und die topischen Aspekte der Jurisprudenz, die auf die aristotelische Logik und Topik (bzw. Dialektik) z.T. explizit Bezug nimmt.³

Die juristische Logik als Theorie des juristischen Argumentierens wird von Rechtsphilosophen als Anwendung der (formalen) Logik auf die Rechtssprechung verstanden. Traditionell war damit die Anwendung bestimmter Schlußmodi der klassischen Syllogistik, wie z.B. des *modus Barbara*, gemeint.

Beispiel:

M a P	Alle Mörder werden mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft
S a M	Alle Angeklagten im Verfahren x sind Mörder
<hr/>	
S a P	Alle Angeklagten im Verfahren x werden mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft

Hier gibt die Oberprämisse die Rechtsnorm, die Unterprämisse den Sachverhalt und die Konklusion schließlich das Urteil an. Natürlich ist die juristische Logik heute längst auf dem Stand der formalen symbolischen Logik und beschäftigt sich mit der Axiomatisierung traditioneller Schlußweisen der Jurisprudenz (z.B. Klug 1958). Das Grundproblem der Anwendung der Logik auf die Rechtssprechung, das Problem der Subsumption bestimmter Einzelereignisse unter einen in der Rechtsnorm festgehaltenen Tatbestand, ist aber unabhängig von dem zugrundegelegten Logikformat und weiterhin Gegenstand rechtsphilosophischer Reflexion. Es ist klar, daß die Subsumptionsproblematik es vornehmlich mit der Gewinnung und Geltung von Prämissen zu tun hat. Dabei ist insbesondere die wechselseitige Abhängigkeit von Prämissen und Konklusion ein Problem. Der in der Unterprämisse ausgedrückte Sachverhalt wird ja schon mit Bezug auf die zur Anwendung gelangende Rechtsnorm festgelegt und diese wiederum im Hinblick auf den in Rede stehenden Sachverhalt herangezogen.

Wie kommt nun ein Richter dazu, bestimmte Tatbestandsmerkmale als erfüllt anzusehen und aus einem ganzen Bereich verfügbarer Information bestimmte Sachverhalte herauszulösen, die den gesetzlich festgelegten Tatbestandsmerkmalen entsprechen? Rechtfertigungen für die Herauslösung leiten sich zum einen aus den Prinzipien der Rechtsdogmatik ab. Diese gehen als juristische Topoi in die forensische Argumentation ein. Zum anderen werden bei der Herauslösung unstreitig auch "außergerichtliche Faktoren" (Opp) wirksam, die als Topoi der Alltagserfahrung die forensische Argumentation leiten. Ich möchte dies zunächst an einem konstruierten Beispiel demonstrieren, das aber einem realen Fall nachgebildet ist. In diesem Beispiel ist (1) die quaestio, (2) und (3) geben These und Gegenthese zur quaestio wieder:

- (1) Hat A der Firma X ein Radio entwendet?
- (2) A hat der Firma X ein Radio entwendet.
- (3) Es ist nicht der Fall, daß A der Firma X ein Radio entwendet hat.

Einschlägige Argumente sind (2') als Stütze von (2) und (3') als Stütze von (3) bzw. als Widerlegung von (2).

- (2') A hat das Radio aus einer verschlossenen Packung heraus an sich genommen und sich damit an der Kasse vorbei zum Ausgang begeben.
- (3') Zwar hat A das Radio aus einer verschlossenen Packung heraus an sich genommen, doch wollte er es bezahlen. Aber auf halbem Weg zur Kasse wurde er von einem Kaufhausdetektiv angehalten.

Beide, die Stütze sowohl als auch die Widerlegung, sind einschlägig auf dem Hintergrund von bestimmten allgemeinen Annahmen, nämlich (4) und (5) bzw. (6).

- (4) Wenn jemand in einem Geschäft einen Verkaufsgegenstand an sich nimmt und den Versuch macht, das Geschäft zu verlassen, ohne den Gegenstand zu bezahlen, dann nimmt er den Gegenstand in der Absicht an sich, ihn sich rechtswidrig anzueignen.
- (5) Wenn jemand in einem Geschäft einen Verkaufsgegenstand an sich nimmt und an der Kasse vorbei zum Ausgang geht, dann hat er nicht die Absicht, den Gegenstand zu bezahlen.
- (6) Wenn jemand in einem Geschäft einen Verkaufsgegenstand an sich nimmt und man trifft ihn auf halbem Weg zur Kasse, dann kann man unterstellen, daß er die Absicht hat, den Gegenstand zu bezahlen.

(4) begründet, juristisch gesehen, den Vorwurf des Diebstahls nach § 242 StGB ("(1) Wer eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig anzueignen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. (2) Der Versuch ist strafbar"). Annahmen nach dem Muster von (4) sind Gegenstand der Rechtsdogmatik. (5) als Hintergrund von (2') und (6) als Hintergrund von (3') sind *e m p i r i s c h e* Annahmen über das Vorliegen oder Nichtvorliegen der rechtswidrigen Absicht, die sich auf Elemente der Alltagserfahrung gründen.

Daß neben juristischen Topoi auch alltägliche in die juristische Argumentation eingehen, wird weniger in rechtsphilosophischen als in rechtssoziologischen Arbeiten reflektiert (Rottleuthner 1973, Lautmann 1972, Opp 1972). Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie Alltagstheorien, die nicht Gegenstand gesetzlicher Festlegung sind, ungeprüft ein richterliches Urteil und seine Begründung beeinflussen, diskutiert Opp 1972 am Beispiel eines Strafverfahrens wegen Diebstahls in Mittäterschaft. Die Angeklagte (A), eine 45 Jahre alte Frau, sagt in dem Verfahren aus, sie habe, von ihrem Begleiter dazu aufgefordert, in einer Gastwirtschaft einem betrunkenen Gast die Geldbörse aus der Tasche genommen, ihr Begleiter habe ihr diese ent-rissen und dann die Wirtschaft verlassen, sie hätten sich danach nicht wieder gesehen. Der Richter (R) verurteilt die Angeklagte zu vier Monaten

Gefängnis ohne Bewährung, R sieht also im Ergebnis den in der Anklage genannten, gesetzlich festgelegten Tatbestand "Diebstahl" als "Wegnahme einer fremden beweglichen Sache in der Absicht, sich diesen rechtswidrig anzueignen" für erfüllt an. Opp rekonstruiert anhand des Prozeßverlaufs und insbesondere der Vernehmungspraktiken von R die Prämissen des Urteils (S. 386):

- S₁ Die Angeklagte hat die Geldbörse dem Bestohlenen aus der Tasche gezogen
- S₂ Die Angeklagte hat ein Einkommen von x DM monatlich
- S₃ Die Angeklagte gibt keinen Grund für die Wegnahme der Börse an
- S₄ Vor der Wegnahme der Geldbörse hat die Angeklagte x Gläser Bier und y Gläser Schnaps zu sich genommen
- S₅ Die Angeklagte ist 30mal vorbestraft, davon einige Male einschlägig

S₁ – S₅ werden von R durch gezielte Fragen als tatbestandsrelevante Sachverhalte aus dem Gesamtgeschehen herausgelöst. Zusammengenommen geben sie die Unterprämisse des Urteils (bzw. die Randbedingungen eines Erklärungsschemas nach Hempel/Oppenheim) ab. Warum hat der Richter gerade diese Sachverhalte und Hintergrundinformationen erfragt? Offenkundig weil er andere Sachverhalte für nicht oder nicht in demselben Maße tatbestandsrelevant hielt. Die Relevanzeinschätzung aber erfolgt auf dem Hintergrund allgemeiner Erfahrungssätze und Plausibilitätsannahmen, die R für gesichert hält, etwa "Wenn jemand keinen Grund für die Wegnahme einer Sache angibt, dann hat er sie in der Absicht genommen, sie sich rechtswidrig anzueignen". Aus den Randbedingungen und dem Urteil S₀ "A hat die Börse genommen, um sie sich in rechtswidriger Weise anzueignen" gewinnt Opp ein Bündel derartiger Alltagstheorien, die als Oberprämissen des Richterspruchs fungieren. Die 'Logik' des Urteils ist dann wie folgt zu rekonstruieren⁴:

P₁ Wenn S₁, S₂, S₃, S₄, S₅, und dann S₀

P₂ S₁, S₂, S₃, S₄, S₅

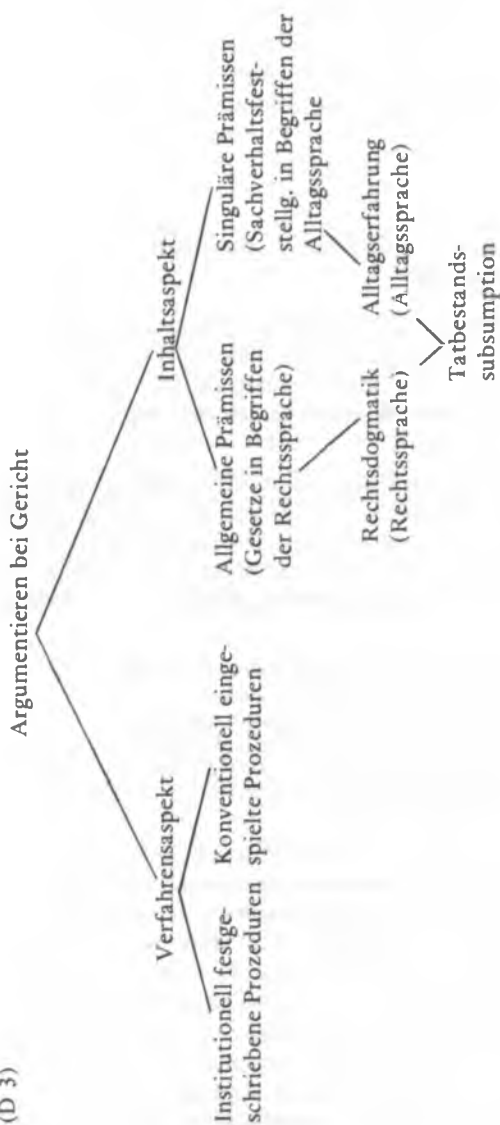
C S₀

Opp stellt dem, was R in der Verhandlung erhebt, alternative "soziologische" Fragemöglichkeiten gegenüber, z.B. die Frage nach den in der sozialen Gruppe von A geltenden sozialen Normen oder nach dem tatsächlichen Zusammenhang von Vorstrafen und Delinquenz. Opps Analyse mündet in einer Kritik richterlichen Handelns und zielt auf eine rationalere Praxis ab, wobei insbesondere die repräsentativen Inhalte von Richterentscheidungen zur Diskussion stehen. Eine linguistische Analyse des Argumentierens bei Gericht wird, selbst wenn ihre Ziele letztlich ähnliche sind, nicht mit demselben Anspruch antreten können. Zu einer sozialwissen-

schaftlich gesicherten Evaluierung der Inhalte juristischer Argumentation hat die Linguistik nichts (oder nur wenig) beizutragen. Das linguistische Interesse richtet sich weniger auf die Topoi selbst als auf die Diskurstechniken, mittels derer die topischen Elemente in eine Gerichtsverhandlung eingebracht werden⁵, d.h. die linguistische Analyse forensischer Argumentation ist in erster Linie Verfahrensanalyse. Man muß sich im übrigen darüber klar sein, daß die forensische Argumentation nicht mit der juristischen Argumentation identisch ist. Wohl kommen im Gerichtsverfahren juristische Argumentationen vor, aber nicht nur juristische Argumentationen. Das liegt daran, daß in jedem Strafverfahren Berufsjuristen und Laien aufeinandertreffen, die in der mündlichen Verhandlung eine gemeinsame Sprache finden müssen, in der sie sich über Sachverhalte und Bewertungen von Sachverhalten verständigen können. Überdies hat jeder einzelne Fall, der in einem Verfahren verhandelt wird, seine Besonderheiten; deswegen gibt es für den Einzelfall und seine sprachliche Darstellung keine normierende juristische Terminologie – der jeweils zur Debatte stehende Sachverhalt muß von Juristen wie von Laien in Begriffen der Alltagssprache dargestellt werden, von Juristen jedoch so, daß er sich dem gesetzlich festgelegten Tatbestand subsumieren läßt; es muß also eine Übersetzung von der Alltagssprache in die Rechtssprache möglich sein. Das Subsumptionsproblem ist insofern nicht nur ein logisches, sondern auch ein linguistisches Problem.

Ich möchte was m. E. Gegenstand einer linguistischen Analyse forensischer Argumentation ist anhand des Diagramms D 3 verdeutlichen.

(D 3)



Auf der Verfahrensseite sind für die Linguistik die sprachlichen Prozeduren von Belang, die unterhalb der Ebene rechtlicher Festlegungen den Gerichtsprozeß als Interaktionsprozeß in Gang halten und den Austausch von Argumenten zwischen Juristen und Laien möglich machen. Auf der Inhaltsseite geht es um die sprachlichen Mittel, die es in den einzelnen Stadien des Verfahrens ermöglichen, den zur Debatte stehenden Sachverhalt unter einen rechtlich definierten Tatbestand zu subsumieren.

2. Empirische Analyse

2.1 Zum Verfahrensaspekt der forensischen Argumentation – Techniken der Vernehmung

In diesem Abschnitt beschäftige ich mich vor dem Hintergrund von allgemeinen Diskursbedingungen mit prozeduralen Aspekten der gerichtlichen Vernehmung, die ich als ein Verfahren zur Etablierung der Prämissen für die Plädoyers bzw. den schließlichen Urteilsspruch und seine Begründung betrachte.

Abgesehen von den drei oben erwähnten konstitutiven Bedingungen des Argumentierens, die das Gerichtsverfahren geradezu paradigmatisch realisiert, sind für die Durchführung von Argumentationshandlungen weitere Bedingungen formuliert worden. Nach Alexy 1978 unterliegt Argumentieren den folgenden Bedingungen des allgemeinen praktischen Diskurses (Habermas):

- “(2.1) Jeder, der sprechen kann, darf an Diskussionen teilnehmen.
- (2.2) (a) Jeder darf jede Behauptung problematisieren
(b) Jeder darf jede Behauptung in den Diskurs einführen
(c) Jeder darf seine Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse äußern
- (2.3) Kein Sprecher darf durch innerhalb oder außerhalb des Diskurses herrschenden Zwang daran gehindert werden, seine in (2.1) und (2.2) festgelegten Rechte wahrzunehmen.”

Für den forensischen Diskurs sind diese Kriterien sicherlich nicht gültig.⁶ Sie scheinen mir aber auch generell wenig sinnvoll, z.B. widersprechen sie den Grice'schen Konversationsmaximen, wie etwa der Maxime der Relation SPRICH ZUM WESENTLICHEN. Was man in einem bestimmten Stadium eines Dialoges sagen darf, ist eingeschränkt durch das Thema und den Zweck des Austauschs sowie durch den zurückliegenden Verlauf der Konversation. Bezogen auf Argumentationen heißt das: ein bestimmtes Pro- oder Contraargument darf nicht beliebig oft wiederholt werden, insbesondere dann nicht, wenn sich die Partner darauf geeinigt haben, daß das Argument gelten soll. Aber auch

wenn ein Argument kontrovers ist, wird erwartet, daß der Proponent es nicht durch ständiges Wiederholen allein zu stützen versucht. Eine weitere einschränkende Bedingung ist, daß man ein Argument, auf das man sich geeinigt hat, nicht im nächsten Zug einfach widerrufen darf. Dabei ist es unerheblich, ob man vielleicht das Bedürfnis dazu hat. Diese Einschränkungen sind mit den Bedingungen des allgemeinen rationalen Diskurses nicht vereinbar. Es gibt aber andere allgemeine Kriterien, die für das Argumentieren schlechthin ebenso wie für die forensische Argumentation von Belang sind. Solche Kriterien sind z.B. von Hamblin 1970 formuliert worden. Hamblin unterscheidet u.a.:

Das alethische Kriterium: Die Prämissen müssen wahr sein

Das epistemische Kriterium: Die Prämissen müssen als wahr bekannt sein

Das dialogische Kriterium: Die Prämissen müssen als wahr akzeptiert sein

Ich nehme ferner an, daß in gewöhnlichen Konversationen die Grice'schen Kooperationsmaximen befolgt werden und daß die Beteiligten sich die Befolgung dieser Maximen wechselseitig unterstellen. Ich will nun die gerichtliche Vernehmung auf der Folie solcher allgemeiner Bedingungen untersuchen.

Das Gerichtsverfahren unterscheidet sich von anderen Diskurssorten mindestens durch die folgenden Eigenschaften:

1. Es ist in gewisser Hinsicht für alle daran Beteiligten ein Zwangsverfahren, z.B. steht es mit Ausnahme des Verteidigers keinem der unmittelbar Beteiligten frei, daran teilzunehmen oder nicht. Die Verfahrensregeln liegen größtenteils fest, der Bereich dessen, was zur Sprache kommen kann, ist durch die polizeiliche Anzeige, die Anklageschrift und die polizeilichen Vorermittlungen weitgehend eingeschränkt, wobei den beteiligten Laien i.a. nicht recht klar ist, worin genau diese Einschränkungen bestehen.
2. Der turn-taking-Mechanismus unterliegt einer institutionellen Beschränkung: das Redeübergaberecht hat der Vorsitzende Richter. Er erteilt und entzieht den anderen Prozeßbeteiligten das Wort und bestimmt, auf welchen Punkt ihr Redebeitrag bezogen sein soll. Damit sind Inhalt und Ablauf vor allem der Beweisaufnahme in hohem Maße durch die Relevanzeinschätzungen des Richters determiniert. Er bestimmt, was in einem gegebenen Stadium der Verhandlung und hinsichtlich des Anklagetatbestandes von Belang ist. Redebeiträge, die seiner Einschätzung nicht entsprechen, kann er abbrechen,

Aussagen zu den von ihm als wesentlich erachteten Gesichtspunkten initiieren. Die Richter machen von diesem Recht, das zu den Sanktionsrechten gehört, ausgiebig Gebrauch, und zwar gegenüber Juristen ebenso wie gegenüber Laien:

Beispiel 1:

- A ... Da mußt ich zweimal blasen (') .. von da zum Krankenhaus hin (°) .. Krankenhaus wurde mir ne Blutprobe entnommen, wurde noch n paar mal gedreht, geradeaus laufen und da sollt ich da ... kriegte er n Schreiben, ich sollte wat ausschreiben oder aufschreiben, un da hab ich mir das Schreiben mit, und da hat der Polizeibeamte
- R Ja (-)
- A erklärt, Sie brauchen nich auf nich durchzulesen (°) (k)
- R Dat brauchen
- Se auch,nich Herr A
- A Ja und zei zeigen genau wie's gewesen is
- R *Ja aber ist nich mehr so wichtig. Jedenfalls das Ergebnis der Blutprobe, das ist wieder wichtiger (°), das verlesen wir hiermit (°) [verliest das Untersuchungsergebnis] (T3.1)*

Beispiel 2:

- V Ich dachte, vielleicht is es doch von Bedeutung nich, ich hatte Ihnen ne Photographie glaub ich überreicht, da sieht man der hatte ja (..) Vorfahrt unstreitig, da sieht man sie ihm genau in den Wagen gefahren ist
- R Nö
- V während sie durch ihren Verteidiger hat vortragen lassen, er sei in den Wagen von Frau Z₁ gefahren
- R Ja Herr *Das lassen wer erst mal*
[R hält im folgenden dem Angeklagten das polizeiliche Protokoll vor] (T4.1)

Mit anderen Worten: die Sanktionsrechte sind asymmetrisch verteilt. Zwar kommt es auch vor, daß Angeklagte oder Zeugen Fragen und Stellungnahmen von Juristen zurückweisen (Beispiele 3,4), doch diese Zurückweisungen bleiben folgenlos, solange sie in ihren Konsequenzen vom Richter nicht übernommen werden.

Beispiel 3:

- A Herr Staatsanwalt, ich hab andere Sachen im Kopp wegen son dummn Sturzhelm von dreissig Mark
- S Pelzmäntel und Pelzjacken un dsowas ne
- A Was denn hören Se mal hier die Pelzjacke, ich möcht Ihnen widerstellt haben dafür habe ich ja meine Strafe bezahlt, und das hat mit diesem Termin hier gar nichts mehr zu tun, und das hat mit dieser Sache nichts zu tun Pelzmantel war schon zwei Jahre her Herr Staatsanwalt, ne
- S Aber Sie sind für solche Sachen bekannt

A *Uninteressant hier, Herr Vorsitzende is der der soll mich fragen aleen kommen Se mir nich mehr mit Pelzmäntel dat sag ich Ihnen*

R Beruhigen Sie sich erst mal Herr A (T2.3)

Beispiel 4:

Z₂ Ja eh der hatte n Porsche gehabt war ne Zeitlang kaputt der Porsche und da meinte ich der A hätte n Golf oder nzumindest ne Zeitlang damit nich gefahren und da meint ich daß der A n Golf gehabt (,) also n gleichen wie der Z₃

R Ja ham Se'n da mal mit gesehen oder wie kommen Sie dazu

Z₂ Ich weiß nur die zwei fuhren ja zusammen eh die hatten ne Fahrgemeinschaft und daher kam ich da wohl darauf hab mich vielleicht getäuscht, ich weiß auch nich aber das war eben gemeint (Pause) *aber ich mu um ehrlich zu sein dat is doch eigentlich belanglos, wenn ich wenn ich da drauf gucke*

R *Für mich is das durchaus nicht belanglos und für mich is das auch durchaus nicht logisch Herr Z₂*

Z₂ deswegen kann ich doch noch lange nich sagen der Wagen is es gewesen und ob der grade ausgestiegen is oder nich, ja nun nach nem halben Jahr fragen Se mal sowas

V Das haben Se damals bei der Vernehmung gesagt (T1.3)

Trotz der offenkundigen Asymmetrie hinsichtlich der Sanktionsrechte spielen sich auch im forensischen Diskurs bestimmte Kooperationsverfahren⁷ ein, die nicht institutionell vorgegeben sind, sondern durch die Notwendigkeit zustandekommen, den alltäglichen Kriterien für Argumentation, und zwar insbesondere dem epistemischen und dem dialogischen Kriterium, Genüge zu tun.

Drei verschiedene Verfahren sind in diesem Zusammenhang von Belang: Die Reformulierung, die rahmensetzende Vorgabe und die Alternativfrage.

Die Reformulierung

Häufig wiederholt oder umschreibt R eine von A oder Z gegebene Antwort, der Befragte nimmt die Wiederholung bestätigend auf und expandiert im Anschluß daran seine Antwort, oder R geht zu einer neuen Frage über. Es ergibt sich also das folgende Schema:

R: Frage;_i

B: Antwort;_i

R: Reformulierung der Antwort;_i

B: (Reformulierung der Antwort und) Bestätigung

alternativ { R: Frage i+1
B: Expandierung der Antwort;_i

Es liegt nahe, Reformulierungen durch R als präzisierende Nachfragen zu interpretieren, dagegen spricht aber, daß Wiederholungen und Umschreibungen ausnahmslos mit fallendem Akzent realisiert werden. Außerdem unterscheiden sich Reformulierungen von Nachfragen hinsichtlich ihrer Funktion. Nachfragen dienen der Verständnissicherung, Reformulierungen der Ergebnisfeststellung.⁸

Beispiel 5:

- R Als, ich mein als sie dat sagte, als Sie zum Auto hingehen und Frau Z₁ sagte wollen wer das so machen [d.h. ohne Polizei] hatte se da schon das Zettelchen geschrieben (?)
- A *Nee hatte noch nich*
- R *Das hatte se noch nich* (°)
- A *Hatte se noch nich geschrieben* (°)
- R Tat se das sofort im Anschluß daran (?)
- [T 4.1, Anklage wegen "unerlaubten Entfernens von der Unfallstelle"]

Beispiel 6:

- R Sagte der (,) da is kein Feuerzeug im Auto (°) oder sagte der davon weiß ich nichts (°) oder (—) können Sie sich erinnern (?)
- Z₁ *Mm, da is nichts, ja* (°)
- R *Da is nichts* (°)
- Z₁ *Da is nichts, ja* (°)
- Und dann Tage später ging es aber etwas verworren zu [....]
- [T 1.3, Anklage wegen Unterschlagung eines Feuerzeugs]

Beispiel 7:

- R Ja (...) Was haben Sie getrunken, Bier (°) oder (?)
- A *Nein, ich hab Cola ... Cola mit eb mit Doppelkorn drin*
- R *Cola Doppelkorn*
- A *Ja*
- R Wissen Sie ungefähr wieviel (?)
- [T 1.1, Anklage wegen Trunkenheit]

Beispiel 8:

- Z₁ Nee ich bin ... mit dem Wagen ab und zu gefahren, auch abends bin ich mit dem Wagen gefahren
- R Wer zahlte denn den Sprit dafür, wenn Sie
- Z₁ *Sprit drin* *Da war noch genügend*
- R *Da war noch genug Sprit drin* (°)
- Z₁ *Ja* (°)
- R Ist der Wagen eigentlich inzwischen verkauft (?)
- [T 51, Anklage wegen Fahrens ohne Führerschein, Z₁ sagt aus, zur fraglichen Zeit das Auto von A gefahren zu haben]

Durch die Reformulierung und deren Bestätigung machen die Gesprächsbeteiligten deutlich, daß sie fortan bestimmte Sachverhalte als zutreffend akzeptieren, d.h. diese können in die Prämissenmenge jeder nachfolgenden Argumentation eingehen, ohne noch einmal infragegestellt zu werden. M. a. W., die Reformulierung ist ein Mittel zur Sicherung des dialogischen Kriteriums für Argumentation ("Die Prämissen müssen als wahr akzeptiert sein"). Und zwar müssen, damit dieses Kriterium erfüllt wird, die Beteiligten wechselseitig *s i c h e r s t e l l e n*, daß sie eine bestimmte Prämisse akzeptieren. Es genügt also nicht die Übereinstimmung als solche, sondern diese muß wechselseitig ratifiziert werden. Dieser Ratifizierung dient das Reformulierungsschema.

Die rahmensetzende Vorgabe

Rahmungen im Sinne der Artificial Intelligence (z.B. Minsky 1975) sind Schemata für die Interpretation von Ereignissen. Ich behandle sie hier nicht unter diesem Aspekt, sondern — was ebenso wichtig ist — als Schemata für die Hervorbringung von Kommunikationsereignissen wie z.B. das Erzählen von Geschichten. Zu den Rahmenbedingungen für das Erzählen von Geschichten gehört in alltäglichen Kommunikationssituationen i. a., daß dem Zuhörer *etwas Neues* erzählt wird⁹ und daß die Geschichte eine Pointe hat. Diese Bedingungen nun gelten nicht für Geschichten, die Angeklagte oder Zeugen bei Gericht in der Vernehmung zur Sache erzählen. Alle beteiligten Zuhörer (Richter, Staatsanwalt, Verteidiger, Angeklagte und Zeugen) haben ja schon ein bestimmtes Vorwissen — sei es aus eigenem Erleben, sei es aus dem Studium der Akten. Aber dieses Vorwissen ist als solches institutionell belanglos, denn *g e r i c h t s v e r w e r t b a r* sind nur die Elemente des Wissens, die in der Verhandlung zur Sprache gekommen sind. U.a. deswegen muß aus den Polizeiprotokollen wörtlich zitiert werden, nur dann sind sie in dem hier relevanten Sinne zur Sprache gekommen. Der Gesichtspunkt für Aussagen des Angeklagten und der Zeugen ist daher nicht, dem Gericht etwas Neues zu erzählen. Der Punkt der zu erzählenden Geschichte ist institutionell vorgegeben: das zu Erzählende muß im Hinblick auf das schließlich zu fällende Urteil relevant sein. In dieser Hinsicht nun greift der Richter i. a. steuernd ein, indem er einen Bezugsrahmen setzt, in den die Aussagen von Angeklagten und Zeugen sich inhaltlich einpassen müssen. Solche Bezugsrahmen geben die zeitlichen u./o. örtlichen Umstände des zur Debatte stehenden Ereignisses vor. Durch das Setzen von Bezugsrahmen (= Rahmenvorgabe) wird aus der Menge der erzählbaren Ereignisse diejenige Teilmenge herausselektiert, die in den jeweiligen Rahmen paßt.

Beispiel 9:

- R Ja, es geht um den 19. Februar 1978, können Sie sich daran erinnern (?) wahrscheinlich *s'war n Sonntag*
- Z₁ *S'war n Sonntag* stimmt auch, und eh der Herr A hatte den Führerschein abgenommen bekommen [...] (T 5.1 s.s.S.)

Beispiel 10:

- R Sie sollen *da die eh falsche Fabrbahn benutzt* haben, Herr A., können Sie sich daran erinnern
- A Ja ich soll *ich soll die falsche Fabrbahn be-*
- R *beim Einbiegen*
- A nutzen, die Talfahrtstraße also die Hammlerstraße war gesperrt [...] (T 1.1)

Beispiel 11:

- A [...] und eh da bin ich ganz bewußt zu meinem Wagen zurück (´) den ich ungefähr fünf oder sechshundert Meter weiter abgestellt hatte (´) hab mich in den Wagen gesetzt und bin nach Hause gefahren (˘)
- R *Da sind Sie dann in Ka.* (—)
- A *Da bin ich dann in Ka,* irgendwann auf der Strecke hab ich bemerkt, daß ein Polizeiwagen hinter mir fuhr [...] (T 1.4)

Beispiel 12:

- R Also fangen wir ganz einfach damit an, *es hatte im Kreuzungsbereich geknallt*
- A Ja und *da* bin ich anschließend ausgestiegen ne ich hatte nichts mitgekriegt [...] (T 4.1)

Der Zwang, die Rahmensetzung zu übernehmen, kann, besonders für relativ submissive Angeklagte oder Zeugen, so stark sein, daß die Vorgabe auch in den Teilen wörtlich übernommen wird, die allein aufgrund des Sprecherwechsels eine Umformulierung erfordern würden (*Sie sollen [...] Ja, ich soll [...]*). Generell wird, auch bei weniger submissivem Aussageverhalten, die Vorgabe als Referenzrahmen für die Sachverhaltsdarstellung übernommen, und zwar auch dann, wenn der lokale und der temporale Bezug des zu schildernden Sachverhalts nicht mit dem der Rahmensetzung übereinstimmt. Die Sprecher wechseln in diesen Fällen das Tempus (*“s war n Sonntag und der Herr A hatte den Führerschein abgenommen bekommen”*), oder sie führen ein Direktional ein, dessen Ziel mit der Ortsbestimmung der Rahmenvorgabe identisch ist und indizieren damit den beschriebenen Sachverhalt als vorzeitig gegenüber der Rahmensetzung (*“Da bin ich dann in Ka., irgendwann auf der Strecke [nach Ka] hab ich dann bemerkt [...]”*).

Die rahmensetzende Vorgabe soll gewährleisten, daß alle relevanten Aspekte eines Falles zur Sprache kommen. Damit dient dieses Verfahren im Prinzip der Erfüllung von Hamblins epistemischem Kriterium "Die Prämissen müssen als wahr bekannt sein". Faktisch unterliegt die Erfüllung dieses Kriteriums allerdings der Relevanzeinschätzung des Vernehmenden, der den Rahmen jeweils vorgibt.

Die Alternativfrage

Ich betrachte die Alternativfrage als einen Spezialfall der Rahmenvorgabe. Dieser Fall ist wesentlich häufiger als die Vorgabe in der Modalität einer elliptischen Behauptung. Geschlossene Alternativfragen haben die Form "p oder q", wobei vorausgesetzt ist, daß p und q nicht zugleich wahr sein können.¹⁰ Nun sind beide Komponenten der Alternativfrage für sich mit *Ja* oder *Nein* beantwortbar, und darin liegt das Problem, denn positive wie negative Antworten auf eine einfache *Ja/Nein* Frage lassen einen großen Bereich von Sachverhalten zu, die mit der Affirmation ebenso wie mit der Negation verträglich sind. Die geschlossene Alternativfrage schränkt die mit p verträglichen Behauptungen auf den Bereich von Aussagen ein, für die gilt, daß die Affirmation von p die gleichzeitige Affirmation von q ausschließt.

Beispiel 13:

- R Wie kam es zu dieser Nachtfahrt (?) Hatten Sie langen Dienst gehabt (p) oder war'n Sie unterwegs gewesen (q)
A *Nein*, ich hatte nicht länger Dienst als sonst.
(r) (T 1.4)

Beispiel 14:

- R Die Papiere zu dem Fahrzeug, hatten Sie die noch (p) oder hatten Sie die vorher dagelassen (q) ?
A Die hat der Z₂ mit zur Fahrbereitschaft genommen (r)
(T 1.3)

Beispiel 15:

- R Darf ich fragen, wo Sie getrunken haben, in einer Gaststätte (p) oder im Betrieb (q) ?
A *Nein*, in einer Gaststätte (p) (T 1.1)

Beispiel 16:

- R Hatten Sie denn ständig n Schlüssel, wenn Sie das Auto bei sich hatten (p) oder Herr holten Sie jedesmal den Schlüssel bei Herrn A (q) ?
A *Nö*, wenn ich den Wagen abgegeben habe hab ich ihm auch den Schlüssel gegeben (r) (T 5.1)

Beispiel 17:

- R Haben Sie Herrn A schon vorher erkannt (p) oder erst nachdem Z₃ angehalten hat (q) ?
Z₂ *Nein*, ich hab ja auch gestutzt, war eh eh angehalten irgendwie komisch der Z₃ hat es auch bemerkt, aber unabhängig voneinander (r). (T 5.1)

Beispiel 18:

- R Sie wissen, worum das hier geht Herr Z₁ [...] Es geht um Ihr Feuerzeug, um es zu umreißen. Sie haben einen konkreten Verdacht (p), oder wissen Sie überhaupt nicht wo es geblieben ist, Ihr Feuerzeug (q) ?
Z₁ Ich kann nur den Tatbestand so schildern wie er sich gezeigt hat am 3. 1. Der Tatbestand liegt Ihnen ja zu Protokoll (T 1.3)

Die auf eine Alternativfrage zur Antwort gegebenen Affirmations- oder Negationspartikeln können sich im Prinzip auf jede der alternativen Propositionen beziehen. Der tatsächliche Bezug ergibt sich aus der Expansion der Antwort. Die Beziehung dieser Expansion zu der vorangehenden Frage und zu der Partikel kann nach den klassischen Schlußregeln rekonstruiert werden.

Beispiel:

Die Negation bezieht sich auf p: (Beispiel 16)
p: Z₁ hatte den Schlüssel ständig bei sich
q: Z₁ hat den Schlüssel jedesmal bei A geholt
r: Z₁ hat den Schlüssel jedesmal bei A abgegeben
Voraussetzung: $\sim (p \wedge q)$
Behauptung: $\frac{r \text{ also } q}{\sim p}$

Natürlich kommen in der richterlichen Vernehmung auch andere Arten von Fragen vor, einfache *Ja/Nein*-Fragen, ("Vierzehn Tage später, am 19. 2. soll das gewesen sein, haben Sie da gefahren?"), geschlossene Ergänzungsfragen ("Was hatten Sie denn vorher so getrunken?") und offene Ergänzungsfragen ("Wie waren Sie denn überhaupt nach Ka.gekommen?"). Aus der Richtersozioologie sind Versuche bekannt, bestimmte Vernehmungsstile ("autoritär" vs. "liberal") mit Rekurs auf die Anzahl der offenen bzw. geschlossenen Fragen zu definieren. Das ist zunächst durchaus einleuchtend. Man muß aber sehen, daß in Situationen, in denen man *per definitionem* nicht von einem Inventar wechselseitig und akzeptierter Prämissen ausgehen kann, der Bereich der disputierbaren Behauptungen auf bestimmte Sachverhalte (und ihre möglichen Alternativen) eingeschränkt werden muß, wenn man nicht die Entscheidung des anstehenden

Falles endlos hinausschieben will. Überdies ist zwar das Gerichtsverfahren so definiert, daß nur die in der Hauptverhandlung zutagegetretenen Sachverhalte verwertbar sind, andererseits ist jedoch allen Beteiligten klar, daß die Vernehmung auf dem Hintergrund des in der Voruntersuchung akkumulierten Wissens geführt wird. Es wäre daher der gemeinsamen Situation oft wenig angemessen, durch eine Vielzahl von offenen Fragen den Eindruck völliger Unkenntnis zu suggerieren.

Schlußfolgerung

Im forensischen Diskurs spielen sich unterhalb der Ebene rechtlicher Festlegungen bestimmte kooperative Verfahren ein, die dazu dienen, das Zustandekommen von Argumentation zu gewährleisten, und insbesondere dazu, die epistemischen und dialogischen Kriterien für Argumentation zu erfüllen. Obwohl das Gerichtsverfahren ein Zwangsverfahren ist, wird auf diese grundlegenden kooperationsichernden Maßnahmen nicht verzichtet. Allerdings haben die Beteiligten in Bezug auf die Handhabung dieser Verfahren unterschiedliche Initiativmöglichkeiten, ebenso sind die Sanktionsmöglichkeiten unterschiedlich verteilt. Des weiteren gilt ein wesentliches Dialogprinzip im Gerichtsverfahren nicht: nämlich die wechselseitige Unterstellung von Wahrhaftigkeit, d.h. die Bedingung, daß die Beteiligten sich gegenseitig die Befolgung der Grice'schen Maximen unterstellen, ist zumindest in diesem Punkt aufgehoben.

2.2 Zum Inhaltsaspekt der forensischen Argumentation

2.2.1 Die Selektion von handlungsbeschreibenden Verben

In manchen Fällen läßt sich bekanntlich ein bestimmtes Geschehen als eine Handlung beschreiben, die von (mindestens) einer Person zu verantworten ist, oder als ein Ereignis, von dem die Person, ohne dies kontrollieren zu können, betroffen wird. Es liegt auf der Hand, daß die Art der Handlungsbeschreibung für die juristische Schuldfeststellung wie auch schon für den Schuldvorwurf eine zentrale Rolle spielt. Für den gesamten Gang der Verhandlung macht es einen Unterschied, ob einem Angeklagten "Mord" oder "Totschlag" vorgeworfen wird. Auch bei weniger brisanten Rechtsfällen hängt der Prozeßverlauf weitgehend von der in der Anklageschrift formulierten Handlungsbeschreibung ab.

Die Anklageschrift hat ein vorgeschriebenes Format. Zunächst wird in den Begriffen des einschlägigen Paragraphen der Tatbestand T genannt, sodann der unter T zu subsumierende Sachverhalt P und schließlich das den Tatbestand definierende Gesetz G.

Beispiel 19:

- Die Staatsanwaltschaft klagt den Angeklagten an, in Ka. am 7.1.1978 gegen 4.00 Uhr im Verkehr ein Fahrzeug
- T geführt zu haben, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke nicht in der Lage war, das Fahrzeug sicher zu führen.
- Der Angeklagte befuhr die x-Straße in starken Schlangenlinien, wobei er infolge Alkoholeinwirkung, 2,38 Promille, absolut fahruntüchtig war.
- G Vergehen gegen § 316/69 Strafgesetzbuch (T 1.4)

Der für eine linguistische Analyse forensischer Argumentation interessante Teil der Anklageschrift ist die Formulierung des Sachverhalts P. Die Subsumptionsproblematik drückt sich hier sprachlich darin aus, daß ein Ereignis in den Begriffen der Alltagssprache ("Der Angeklagte befuhr die x-Straße in starken Schlangenlinien") beschrieben und zu einem in der Rechtssprache ausgedrückten Tatbestandsmerkmal ("wobei er infolge Alkoholeinwirkung absolut fahruntüchtig war") in Beziehung gesetzt wird. Dabei gibt die alltagssprachliche Ereignisbeschreibung die Beobachtungsevidenz für die Erfüllung des Tatbestandsmerkmals "A war nicht in der Lage, das Fahrzeug sicher zu führen" an. Der Übergang vom Beobachtungsdatum zur Tatbestandsfeststellung läßt sich rechtfertigen durch eine auf alltäglicher Erfahrung beruhende und hier stillschweigend vorausgesetzte allgemeine Prämisse der Art "Wer eine Straße in starken Schlangenlinien befährt, zeigt damit, daß er nicht in der Lage ist, ein Fahrzeug sicher zu führen". In dieser Schlußregel bekommt durch die Kombination mit der alltagssprachlich formulierten Antezedensbedingung die juristische Terminologie selbst eine alltagssprachliche Deutung.

Die Formulierung, in der ein Sachverhalt P ausgedrückt wird, ist häufig nicht einfach eine gegenüber der Spitzenformulierung neutrale sprachliche Repräsentation des fraglichen Geschehens, sondern eine Interpretation dieses Geschehens, die die Spitzenformulierung in einen korrespondierenden Begriff der Alltagssprache übersetzt.

Beispiel 20:

- Herr Eins und Herr Zwei werden angeklagt, zu D. am [Datum] gemeinschaftlich handelnd fremde, bewegliche Sachen einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselben gesetzwidrig anzueignen (T).
- Die Angeschuldigten *entwendeten* gemeinsam der Firma [Firmenname] einen Radiorecorder im Werte von 498 DM. Während der Angeschuldigte Eins das Gerät aus dem Lager der Fernseh Abteilung *stahl*, *deckte* der Angeschuldigte Zwei ihn *ab*. Beide wurden im Aus-

gang (.) am Ausgang *gestellt*. Beide waren zur Tatzeit völlig ohne Bargeldmittel. Eins war zur Tatzeit alkoholisiert (P).
Vergehen nach § 242, § 25, Absatz 2 und § 48 des Strafgesetzbuches (G). (T 0.1)

Beispiel 21:

Die Staatsanwaltschaft klagt den Angeklagten an, in Ka. am [Datum] eine fremde bewegliche Sache, welche er in Besitz oder Gewahrsam hatte, sich rechtswidrig zugeeignet zu haben. (T) Nach Beendigung einer Dienstfahrt in einem Bundeswehrfahrzeug *nahm* der Angeklagte ein Gasfeuerzeug der Marke [Firmenname] im Werte von ca. DM 160, das der Oberleutnant Z₁ im Handschuhfach des Fahrzeugs liegengelassen hatte, *an sich* und *verwertete es für sich*. Dem Zeugen Z₂, welcher ihm anbot, das Feuerzeug dem Geschädigten zurückzubringen, erklärte er, er werde dieses selbst tun. Er hat es jedoch nicht dem Geschädigten selbst zurückgegeben (P).

Vergehen gegen § 246 Strafgesetzbuch (G). (T 13)¹¹

Die Sachverhaltsdarstellungen P in diesen Beispielen unterscheiden sich dadurch, daß die verwendeten Handlungsverben *entwenden*, *stehlen*, den Gesichtspunkt der rechtswidrigen Absicht als inhärente Bedeutungsmerkmale enthalten, während die Bedeutungen von *an sich nehmen* und *für sich verwerten* gegenüber diesem Gesichtspunkt neutral sind.

Einerseits gibt es objektive Kriterien dafür, daß jemand eine Sache zu stehlen oder zu entwenden versucht hat (z.B. das Unterlassen der Bezahlung für einen genommenen Gegenstand). Andererseits implizieren *stehlen* und *entwenden* – ebenso wie die Tatbestandsdefinition des § 242 StGB – bestimmte *Einstellungen* des Handelnden, nämlich 1. das Wissen, daß der genommene Gegenstand einem andern gehört und nicht zur allgemeinen Verfügung steht und 2. die Absicht, den Gegenstand trotzdem zu nehmen. Die Verwirklichung dieser Absicht setzt ferner einen Handlungsplan voraus, der u.a. Vorkehrungen gegen ein Entdecktwerden vorsieht.

Die unter 20 angeklagten Männer sind mit dem von ihnen nicht bezahlten Kassettengerät am Ausgang des Kaufhauses angehalten, *gestellt* worden.¹² Über den Umstand, daß sie das Gerät *an sich genommen* haben, gibt es deshalb im Fortgang der Verhandlung keine Zweifel. Zur Debatte stehen aber die tatbestandsrelevanten *Einstellungen* von A₁ und A₂. A₁ gibt dazu eine Darstellung, in der durch die Wahl bestimmter Verben und Adverbien die rechtswidrige Absicht bestritten und lediglich die – faktisch nicht bestreitbare – Tatsache eingeräumt wird, daß A den Kassettenrecorder *an sich genommen* hat:

Beispiel 22:

- 1 A₁ "Mit'm Zwei, also da warn wir in verschiedenen Gaststätten
2 in der Stadt. Und dann sind wir durch irgendwelche Umstände
3 (...) wie (') das läßt sich, da (...) n Kaufhaus *erreicht*,
4 jedenfalls sind wir durch *irgendwelche Umstände* da *ringekommen*
5 Da *sind* wir *auf einmal* in die Rundfunkabteilung *gekommen*. Und
6 dann hab ich Kofferradios *ent* eh *gesehen*, die warn in Styropur
7 eh verpackt und warn noch nicht ausgezeichnet ne (?) noch
8 nicht ausgeschildert. Und dann hab ich eins *an mich genommen*.
9 Dazu da muß ich direkt ausdrücklich (.) der Zwei *wußte* davon
10 gar nischt, eh daß ich das Radio überhaupt nehmen wollte, wir
11 hatten uns *nicht* irgendwie *vereinbart*, ich nehm jetzt n Radio
12 oder wat." (TOI)

Mit (1-8) bestreitet A den Vorwurf des Diebstahls, mit (9-12) weist er den Vorwurf des gemeinschaftlichen Handelns zurück.¹³ Dabei bleibt die allgemeine Prämisse "Gemeinschaftlich r zu tun, heißt, daß jeder der Handelnden von r weiß und daß r zwischen den Handelnden vereinbart wurde" implizit. Die Verben *erreichen*, *reinkommen*, *sehen* sind hinsichtlich der Intentionalität neutral. Ihre Verwendung soll hier offensichtlich nahelegen, daß ein bestimmtes Ereignis mehr oder weniger zwangsläufig geschehen und insofern nicht planvoll herbeigeführt worden ist. Diese Nahelegung wird unterstützt durch den Gebrauch von "Überraschungs"-adverbien wie *durch irgendwelche Umstände* und *auf einmal*.

2.2.2 Strafmildernde und straferschwerende Gesichtspunkte – Die Verwendung der Modalausdrücke

Die Verurteilung eines Angeklagten erfolgt aufgrund der Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Neben den Tatbestandsmerkmalen legen die Strafgesetze den Strafraum für eine bestimmte Tat fest, d.h. die notwendige Mindeststrafe und die zulässige Höchststrafe. Dem Richter ist für die Festsetzung des tatsächlichen Strafmaßes ein Ermessensspielraum gegeben, innerhalb dessen er zwischen strasmildernden und straferschwerenden Gesichtspunkten für die Beurteilung der Tat abzuwägen hat. In den von mir beobachteten Verhandlungen lag die ausgesprochene Strafe zumeist leicht unter dem von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafmaß, ohne daß deshalb Richter und Staatsanwalt die anstehenden Sachverhalte wesentlich verschieden beurteilt hätten. Es gibt demnach keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Strafmaß und Sachverhaltsfeststellung. Allerdings muß das Strafmaß begründbar sein und "im Namen des Volkes" als angemessen und gerecht ausgewiesen werden können. Unangemessen wird eine Strafe erscheinen, die zwar innerhalb des zulässigen Strafraums liegt, aber im Hinblick auf die Tat

und ihre Umstände höher ausfällt als notwendig. Eine Urteilsbegründung wie die folgende kann man sich daher kaum vorstellen. "Aufgrund aller dieser Umstände ist eine Geldstrafe erforderlich. Trunkenheit im Wiederholungsfall läßt aber auch eine Haftstrafe zu. Deshalb sind Sie zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt worden". Andererseits würde eine Strafe, die unter einem bestimmten Niveau bleibt, in ihrer Milde im Vergleich zu anderen Fällen ungerecht sein. Straferschwerungen gegenüber einem mittleren Bereich müssen deshalb als notwendig, Straferleichterungen als möglich ausweisbar sein. Die Schlußvorträge der Anwälte und die Urteilsbegründungen des Richters bringen diesen Gesichtspunkt durch eine systematische Verwendung der Modalausdrücke zur Geltung (23 - 27).

Beispiel 23:

- Notwendige Gesichtspunkte der Strafzumessung (N r)
- S ... Das bedeutet, daß der Angeklagte mindestens mit bedingtem Vorsatz hinsichtlich der ersten Tat gehandelt hat, und *das ist entsprechend auch beim Strafmaß zu berücksichtigen* (T 5.1)
 - R Weil Sie erst im Januar 1973 wegen Trunkenheit im Verkehr bestraft worden sind (*) und die damals ausgesprochene Strafe offensichtlich keine nachhaltige Wirkung gehabt hat, *muß hier heute eine Freiheitsstrafe ausgesprochen werden.* (T 5.1)
 - R Dabei ist zu berücksichtigen, daß Sie ja fuhren erst kurze Zeit nachdem Ihnen der Führerschein abgenommen worden war. Das zeigt, daß offensichtlich dieses eingeleitete Verfahren ... ohne Wirkung auf Sie geblieben ist, Sie sich also ganz bewußt darüber hinwegsetzten so in der Art ... die können mir sowieso nichts. *Deshalb ist hier zur Einwirkung eine auch hier eine Freiheitsstrafe erforderlich.* (T 5.1)

Beispiel 24:

- Mit Notwendigkeit auszuschließende Gesichtspunkte der Strafzumessung (N ~ r)
- R Insoweit teile ich die hier schon mehrfach geäußerte Auffassung, daß Sie für Ihre Ehrlichkeit letztendlich *nicht* schlechter gestellt werden *dürfen* als derjenige, der hier wahrheitswidrig behauptet (*) ich war vollkommen überrascht, daß ich so viel Blutalkohol hatte (°) (T 1.4)
 - V Eh das eh ist sicherlich gut und richtig (*) wenn man eh versuchen will, eine Gleichbehandlung der Täter herbeizuführen (°), *nur diese Gleichbehandlung der Täter, die darf man ja nun nicht so weit führen (*) eh daß alle in einen Topf geworfen werden (°).* Noch haben wir ja ein Strafrecht eh das sich orientiert an die Täter und nicht an die Tat (°) [...] Daher meine ich (°) bemühen Sie sich bitte darum hier diesem Täter und nicht dieser Tat gerecht zu werden (°), Dieser Täter [...] der verdient meines Erachtens (,) eh daß wir (,) zwar keinesfalls billigen was er getan hat, bei Alkoholtätern bin ich der Letzte der

sowas billigt, aber daß wir das etwas verstehen wie er in diese Situation hineingekommen ist (°) (T 1.4)

Beispiel 25:

Nicht-notwendige Gesichtspunkte der Strafzumessung (~ N r)

- S Diese Vortat liegt im Vergleich zu der jetzt abzuurteilenden Tat doch schon soweit zurück, *daß die Verbhängung einer Freiheitsstrafe nicht mehr erforderlich ist.* (T 1.4)
- V Es geht hier also nur um das was notwendig ist und wie Herr A hinzuweisen, daß das was er getan hat nicht in Ordnung ist (–) *es ist eigentlich gar nicht notwendig mehr ihn darauf hinzuweisen er weiß es [...]* (T 1.1)

Beispiel 26:

Mögliche Gesichtspunkte der Strafzumessung (M r)

- S Es fällt zwar schwer hierfür noch Geldstrafen zu beantragen, letzten Endes kämen aber bei eh Freiheitsstrafen Gesamtstrafenbildungen in Frage, die wohl letzten Endes zum gleichen Ergebnis führen würden (°). Wenn man zu seinen Gunsten berücksichtigt, daß er bisher niemals in Erscheinung getreten ist, *dann meine ich lassen sich allerdings nur fühlbare Geldstrafen noch vertreten.* (T 3.1)
- R Ich habe hier die von der Staatsanwaltschaft beantragten zwei Jahre nicht festgesetzt. Das hat folgende Gründe, erstens wird es nach zwei Jahren erheblich schwieriger eine neue Fahrerlaubnis zu bekommen, und zweitens meine ich *daß mit Rücksicht auf Ihren Gesundheitszustand (,) vielleicht doch ... etwas früher dafür gesorgt werden kann von hier aus daß Sie die Fahrerlaubnis bekommen,* denn immerhin sind Sie doch erheblich gehbehindert (,.) (T 5.1)
- V Ich bitte deshalb in jedem Fall die Sperrfrist so zu bemessen, daß keine längere insgesamt Entziehung von 18 Monaten erreicht wird (°), ohne daß ich dies beantrage, denn *vielleicht haben Sie die Möglichkeit, noch etwas runterzugeben.* (T 1.1)
- V Wenn schon auch die Tat (°) ... in eh der Strafzumessung erheblich ins Gewicht fällt, dann doch auch hier zu seinem Vorteil, nämlich die schlichte Tatsache (°) daß er mit diesem nachts nach 4 Uhr (,) 4 Uhr 4,20 von G. nach Ka. gefahren ist (°) eh war die Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer erfahrungsgemäß gering (°) ..., *so daß man auch das zu seinen Gunsten wird berücksichtigen können, so daß ich meine (,) daß wir ihm doch eine längere Sperrfrist hier geben können* (T 1.3)

Beispiel 27:

Nicht-mögliche Gesichtspunkte der Strafzumessung (~ M r)

- R Bei der Bemessung der Strafe *kann man natürlich nicht unberücksichtigt lassen* daß Sie zweimal nach vorläufigem Entzug der Fahrerlaubnis dennoch am Straßenverkehr teilnehmen (°) (T 3.1)

- V Es ist richtig daß man grundsätzlich keine Rücksicht darauf nehmen kann ob einer seine Fabrerlaubnis braucht für seinen Beruf (–) oder nicht, es ist eben unsere herrschende Rechtsprechung, obwohl wir wissen, daß das in etwa ungerecht ist, aber das soll ja nicht vorgetragen werden weil es müßig ist.

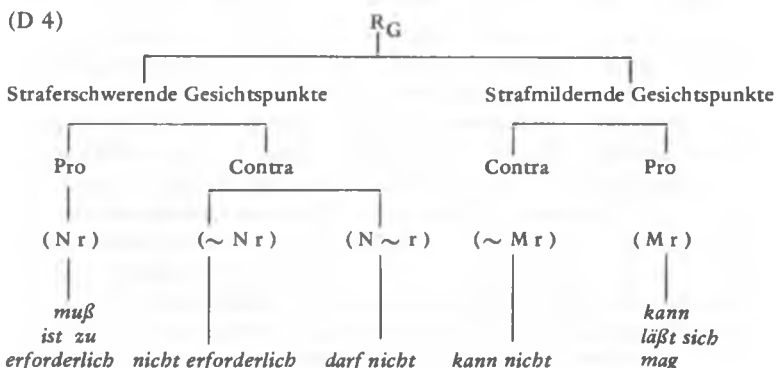
Aus diesen Beispielen lassen sich die folgenden Regularitäten erschließen: Straferschwerende Gesichtspunkte werden als notwendig ($N r$), strafmildernde Gesichtspunkte als möglich eingeführt ($M r$). Ablehnungsgründe gegen Straferschwerungen kennzeichnen diese als nicht notwendig ($\sim N r$) oder als ausgeschlossen ($N \sim r$). Ablehnungsgründe gegen Strafmilderungen weisen jene als unmöglich aus ($\sim M r$).¹⁴

Angelika Kratzer hat in ihren Arbeiten über relative Modalität (1976, 1978) *müssen* und *können* durch den Begriff der logischen Folgerung (für *müssen*) bzw. der logischen Verträglichkeit (für *können*) expliziert. Als theoretische Voraussetzung dieser Explikation führt sie den Begriff des Redehintergrundes ein. Ein Redehintergrund ist eine Menge von Propositionen, die sich z.B. auf Wissensinhalte (epistemischer Redehintergrund), auf Vorschriften, Gebote und Pflichten (deontischer Redehintergrund) oder auf Präferenzen und Wünsche (buletischer Redehintergrund) beziehen. *Müssen*-Sätze werden als logische Folgerungen aus der Menge der durch genau einen Redehintergrund spezifizierten Propositionen rekonstruiert, *können*-Sätze als mit der Menge der durch den Redehintergrund spezifizierten Propositionen logisch verträglich.¹⁵

Die in den Textbeispielen (23-27) auftretenden Modalwörter beziehen sich eindeutig auf einen deontischen Redehintergrund. Es liegt nahe, diesen hier mit dem für ein Vergehen jeweils "einschlägigen" Paragraphen des Strafgesetzbuches zu identifizieren. Jedoch geben die Gesetze eben nur den Straf r a h m e n an, gewissermaßen eine Skalierung, für die lediglich die untere und/oder obere Grenze der Strafzumessung festgeschrieben ist. Jedes innerhalb dieser Grenzen liegende Strafmaß ist im Prinzip zulässig, keines als solches notwendig. Insofern scheinen alle in den Textbeispielen als notwendig genannten Strafzumessungsgründe mögliche Gründe zu sein. Nun ist für Gerichtsurteile (und dementsprechend auch für Strafanträge) nicht allein das Gesetz sondern in hohem Maße auch die geltende Rechtssprechung maßgeblich, d.h. bestimmte – durch Präzedenzurteile eingeschlifene – Spruchpraktiken, die straferschwerende und strafmildernde Gründe festlegen. D.h. die notwendigen Gesichtspunkte der Strafzumessung folgen nicht allein aus dem Gesetz, sondern aus dem Gesetz in Verbindung mit den kanonischen Strafgründen der geltenden Rechtssprechung. Gelegentlich weisen Richter und Anwälte auch explizit auf diesen ihren Redehintergrund hin, i.a.

wird er als Bestandteil gemeinsamen juristischen Wissens von ihnen vorausgesetzt. Dem Laien und insbesondere dem jeweils betroffenen Angeklagten, der diesen Hintergrund nicht kennt, bleibt es wohl meistens unklar, warum ein bestimmter Zumessungsgesichtspunkt gelten muß, ein anderer aber nur gelten kann.

Es sei R_G der durch die Rechtssprechung und das Gesetz gegebene Re-dehintergrund und r eine Variable für verschiedene Gesichtspunkte der Strafzumessung. Die Distribution der in den obigen Beispielen verwendeten Modalwörter ergibt dann das folgende Bild.



Das ist allerdings noch nicht die ganze Geschichte. Strafmilderungsgründe werden in den von mir beobachteten Verhandlungen nämlich ebenfalls als notwendige Gründe vorgebracht.

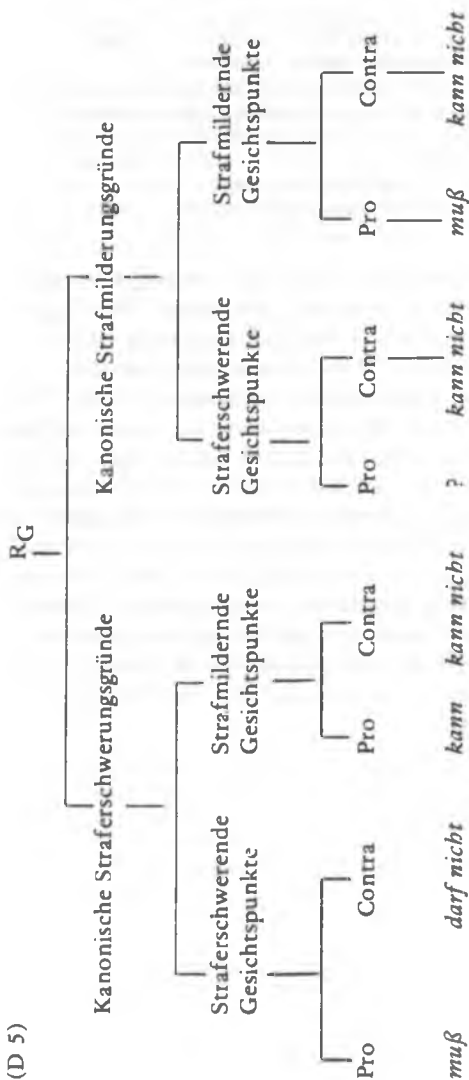
Beispiel 28:

- V [...] sind doch alles Umstände die zur Täterpersönlichkeit gehören und *die hier auch zu berücksichtigen sind* und die meines Erachtens, und nun komm ich schon zum Schluß (*), eine geringere Sperrfrist als hier beantragt rechtfertigt. (T 1.4)
- S Für den zweiten Fall (*).. eh (,) wäre an sich, wenn die Taten etwas auseinanderlägen (–) ... wie bei allen Wiederholungstätern (C,) eine Freiheitsstrafe erforderlich, Auf der anderen Seite hier ist es so wir wissen ja genau (*), der Angeklagte hat um 21,30 Uhr eine Blutalkoholkonzentration die über zwei Promille lag (*) wenn er nun (,) nach (,) der Blutentnahme (,) nach Verlassen der Polizeistation in Ka, zurückging zum Markt, dann stand er mindestens noch unter einer Blutalkoholkonzentration von zwei Promille. Und zwei Promille bedeuten, daß er nur noch vermindert schuldfähig war (*) *und ich meine*

auch daher daß wir das berücksichtigen müssen (,) (–) wir müssen berücksichtigen, daß der Angeklagte sich da möglicherweise über die Folge seines Tuns gar nicht mehr klar war.
(T 1.4)

- R Bei der Strafzumessung ist allerdings straferschwerend zu berücksichtigen, daß eine Vorstrafe, eine einschlägige, zu verzeichnen ist, wenngleich diese immerhin schon fünf Jahre zurückliegt (°) Deshalb reichen zu meiner Überzeugung vierzig Tagessätze aus. *Es ist hier festzustellen, daß Sie zunächst nicht vorbatten (°) mit Ihrem PKW nach Hause zu fahren*, daß Sie sich auch bemüht hatten anders nach Hause zu kommen (°) dann schließlich doch den Fahrentschluß faßten (°) allerdings diesen Fahrentschluß bei einer Alkoholisierung von mehr als 2,3 Promille (,) *das muß bei der Beantwortung der Frage nach der charakterlichen (,) Nicht-eignung ausschlaggebende Bedeutung finden*, so daß [...] zehn Monate noch zehn Monate Sperre ausreichen. (T 1.4)

Man kann sich im übrigen schwerlich einen guten Verteidiger vorstellen, der gegen eine mögliche Haftstrafe etwa so argumentiert: "Die Vorstrafe liegt schon lange zurück. Deshalb ist eine Haftstrafe nicht erforderlich". Der Mandant wird für sein Geld erwarten können, daß sein Verteidiger die Zulässigkeit einer Haftstrafe in Zweifel zieht, z.B. so: "Die Vorstrafe liegt schon lange zurück. Deswegen kann hier heute eine Haftstrafe nicht mehr in Frage kommen." Tatsächlich sind bezogen auf den Hintergrund der geltenden Rechtsprechung verschiedene Orientierungen möglich. Man kann von den kanonischen Straferschwerungsgründen ausgehen und auf diesem Hintergrund straferschwerende und strafmildernde Gesichtspunkte gegeneinander abwägen. Man kann aber auch die kanonischen Strafmilderungsgründe zum Ausgangspunkt nehmen und zur Beurteilung der durch den jeweiligen Fall gegebenen strafmildernden und straferschwerenden Gesichtspunkte heranziehen. Für die Verwendung der Modalwörter wird sich je nach der Orientierung die folgende Verteilung ergeben:



Das ist natürlich nur eine Hypothese, die an einem umfänglicheren Datenkorpus und hinsichtlich des Zusammenhangs mit den verschiedenen forensischen Rollen nachzuprüfen wäre. Den einzelnen Rollenträgern werden ja traditionell unterschiedliche Orientierungspräferenzen zugeschrieben. So wird man den Staatsanwälten eher als den Richtern und diesen eher als den Verteidigern zutrauen, daß sie ihre Argumente auf kanonische Straferschwerungsgründe stützen. Zugegeben, das ist ein, wenn auch verbreitetes, Vorurteil, das – unsere Rechtsordnung läßt es wünschen – hoffentlich widerlegt werden wird. Breiter angelegte empirische Studien sind (nicht nur) dazu notwendig.

Anmerkungen

- * Dieser Aufsatz hätte ohne die bereitwillige Unterstützung von zahllosen Prozeßbeteiligten, die ganz uneigennützig zu Tonbandaufnahmen ihr Einverständnis gaben, nicht zustandekommen können. Ich möchte ihnen allen an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank ausdrücken. Für kritische Anmerkungen zu früheren Fassungen des Aufsatzes danke ich Wolfgang Klein, Angelika Redder, Thomas M. Seibert und Dieter Wunderlich.
- 1 Vgl. u.a. Settekorn 1977, Göttert 1978, Quasthoff 1978, ferner Wunderlich 1974, der dieses Schema allerdings zur Rekonstruktion von Argumenten in einem wissenschaftlichen Begründungszusammenhang verwendet.
- 2 "Wir können sagen, daß Logik verallgemeinerte Jurisprudenz ist. Argumentationen können mit Gerichtsprozessen verglichen werden, und Behauptungen, die wir in außergerichtlichen Zusammenhängen machen und vertreten, können mit Behauptungen verglichen werden, die im Gericht geltend gemacht werden. Andererseits können die Begründungen, die wir zur Verteidigung der jeweiligen Arten von Begründungen angeben, miteinander verglichen werden. Eine Hauptaufgabe der Jurisprudenz ist es, die wesentlichen Bestandteile des Gerichtsprozesses zu charakterisieren, die Verfahren anzugeben, gemäß denen Rechtsansprüche vorgebracht, beraten und entschieden werden und die Kategorien festzulegen, mit deren Hilfe dies geschieht. Unsere Untersuchung verläuft parallel dazu. Wir beabsichtigen, auf eine ähnliche Weise zu charakterisieren, was als "rationaler Prozeß" bezeichnet werden kann – die Verfahren und Kategorien, mit deren Hilfe für allgemeine Behauptungen argumentiert werden kann und die so entschieden werden können." (Toulmin, dt. Übers. S. 14. Hervorhebg. von mir).
- 3 Überblicksdarstellungen dieser Diskussion finden sich in Kaufmann/Hassemer 1977, insbesondere in den Beiträgen von Tammelo "Rechtslogik", Neumann "Die Kritik der juristischen Logik", Schneider/Schroth "Sichtweisen juristischer Entscheidungen. Argumentation und Legitimation". Siehe ferner Cornides 1974, Horn 1975, Moermann 1973, Otto 1970, Winter 1971.

- 4 Dabei ist wohl nicht von einer konjunktiven Verknüpfung der einzelnen Teilaussagen S_1, \dots, S_n auszugehen, sondern davon, daß jede der Antezedenzbedingungen die Konsequenz S_0 als mindestens wahrscheinlich impliziert und sie sich gegenseitig verstärken.
- 5 In diesem Punkt berührt sich allerdings die linguistische Vorgehensweise mit der soziologischen. Opp ermittelt ja die Urteilsprämissen aufgrund einer Analyse vor allem der Vernehmungspraktiken des Richters. So wird z.B. gefragt, welche Implikationen offene Fragen für Angeklagte eines bestimmten sozialen Niveaus haben. Zum Vergleich mit linguistischen Analyseverfahren siehe Wunderlich 1976 (Absatz 3, Beispiel 2), wo ebenfalls die Frage-technik des Richters im Mittelpunkt steht.
- 6 Alexy nimmt diese Regeln freilich nicht für das faktische Kommunikationsverhalten bei Gericht in Anspruch. Er geht aber davon aus, daß spezifische Diskursformen auf der Folie von Regeln des praktischen Diskurses zu beurteilen und an ihnen zu legitimieren sind. Im übrigen bezweifelt er allerdings selbst, daß die von (2.3) geforderte Zwangslosigkeit jemals erreicht werden kann.
- 7 Mit Kooperativität meine ich weniger die individuelle Bereitschaft der Beteiligten, persönlich aufeinander einzugehen, als das Bemühen, Strategien zu entwickeln und zu gebrauchen, die die Erfüllung des institutionell vorgegebenen Kommunikationszwecks bestmöglich garantieren.
- 8 Vgl. auch Keller 1979, der ähnliche Beobachtungen für den schulischen Diskurs analysiert hat.
- 9 Ich behaupte nicht, daß diese Bedingung in alltäglichen Kommunikationssituationen ohne Ausnahme gültig ist. In Erzählungen des "Weißt Du noch ..."-Typs z.B. ist die Bedingung suspendiert (mündlicher Hinweis von Uta Quasthoff). Es ist aber gerade diese Suspension einer allgemeinen Bedingung, die solche Erzählungen als Textsorte eines bestimmten Typs ausgliedert.
- 10 Alternativfragen präsupponieren aber nicht, daß eine der Alternativen wahr ist. Vgl. dazu Grewendorf 1977.
- 11 § 246 StGB Unterschlagung
 - (1) Wer eine fremde bewegliche Sache, die er im Besitz oder in Gewahrsam hat, sich rechtswidrig zueignet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe und, wenn die Sache ihm anvertraut ist, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
 - (2) Der Versuch ist strafbar.
- 12 Eine Person *stellen* impliziert gegenüber *anhalten* wiederum, daß die Person etwas Rechtswidriges getan oder zu tun versucht hat.
- 13 Dem Angeklagten unterläuft allerdings ein beachtlicher Versprecher: "Und dann hab ich Kofferradios ent eh gesehen". Man darf wohl annehmen, daß er "...entdeckt" hat sagen wollen. *Entdecken* aber präsupponiert anders als *sehen*, daß eine planvolle Suche stattgefunden hat. Insofern würde die Verwendung von *entdecken* der Strategie, das fragliche Geschehen als von den Agenten nicht beabsichtigt darzustellen, zuwiderlaufen.

- 14 In der Modallogik gilt $N \sim r \equiv \sim M r$. Daß *nicht dürfen* und *nicht können* mindestens ähnliche Bedeutungen haben, liegt nahe. Dieser Frage will ich hier aber nicht nachgehen.
- 15 Ich gebe hier eine vielleicht unzulässig verkürzende und vereinfachende Darstellung der Überlegungen von Angelika Kratzer. Ausführliche Besprechungen der wissenschaftlichen Literatur sind m.E. aber u.a. dann sinnvoll, wenn sie es anderen ersparen, die besprochenen Werke selbst zu lesen. Die Lektüre des Buches von Kratzer möchte ich niemandem ersparen; man muß es lesen.

Literatur

- Alexy, R. (1978): Theorie der juristischen Argumentation. Frankfurt.
- Bornscheuer, L. (1976): Topik. Zur Struktur der gesellschaftlichen Einbildungskraft. Frankfurt.
- Brießmann, E.v. (1974): Strafrecht und Strafprozeß. Unter Berücksichtigung der Strafrechtsreform. München (Beck Rechtslexikon).
- Cornides, Th. (1974): Normsetzung und Entscheidungstheorie. In: Rechtstheorie 5, S. 11-31.
- Göttert, K.H. (1978): Argumentation. Grundzüge ihrer Theorie im Bereich theoretischen Wissens und praktischen Handelns. Tübingen.
- Goffman, E. (1974): Der korrektive Austausch. In: ders., Das Individuum im öffentlichen Austausch. Mikrostudien zur öffentlichen Ordnung, Frankfurt, S. 138-254.
- Grewendorf, G. (1977): Präsuppositionen bei disjunktiven Fragen. In: Linguistische Berichte 52, S. 13-28.
- Habermas, J. (1974): Wahrheitstheorien. In: Wirklichkeit und Reflexion. Walter Schulz zum 60. Geburtstag. Tübingen.
- Hamblin, C.L. (1970): Fallacies. London.
- Horn, N. (1975): Rationalität und Autorität in der juristischen Argumentation. In: Rechtstheorie 6, S. 145-160.
- Kallmeyer, W. (1978): Fokuswechsel und Fokussierung als Aktivitäten der Gesprächskonstitution. In: Meyer-Hermann, R. (Hrsg.), Sprechen – Handeln – Interaktion, Tübingen, S. 191-241.
- Kallmeyer, W./F. Schütze (1976): Konversationsanalyse. In: Studium Linguistik 1, S. 1-28.
- (1978): Zur Konstitution von Kommunikations-Schemata der Sachverhaltsdarstellung. Exemplifiziert am Beispiel von Erzählungen und Beschreibungen. In: Wegner, D. (Hrsg.), Gesprächsanalyse. Vorlagen zur IPK-Jahrestagung 1976, Hamburg.

- Kaufmann, A./W. Hassemer (Hrsg.) (1977): Einführung in Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart. Heidelberg, Karlsruhe.
- Keller, H. (1979): Rephrasieren. Magisterarbeit Seminar f. Allgemeine Sprachwissenschaft. Universität Düsseldorf.
- Klein, W. (1980): Logik der Argumentation.
- Klug, U. (1958): Juristische Logik. Berlin, Göttingen, Heidelberg.
- Kopperschmidt, J. (1973): Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der persuasiven Kommunikation. Stuttgart.
- Kratzer, A. (1976): Was "können" und "müssen" bedeuten können müssen. In: Linguistische Berichte 42, S. 1-28.
- — (1978): Modale, Konditionale, Kontexttheorie. Kronberg.
- Kummer, W. (1972): Aspects of a Theory of Argumentation. In: Gülich, E./W. Raible (Hrsg.), Textsorten. Differenzierungskriterien aus linguistischer Sicht, Frankfurt, S. 25-58.
- Lautmann, R. (1972): Justiz — die stille Gewalt. Frankfurt.
- Leodolter, R. (1975): Das Sprachverhalten von Angeklagten bei Gericht. Ansätze zu einer soziolinguistischen Theorie der Verbalisierung. Kronberg/Ts.
- Linde, Ch. (1977): The Study of Coherence Principles in Autobiographical Accounts. Berkeley. Mimeo.
- Luhmann, N. (1969): Legitimation durch Verfahren. Neuwied, Berlin 1969.
- Metzing, D.W. (1975): Formen kommunikationswissenschaftlicher Argumentationsanalyse. Hamburg.
- — (1976): Argumentationsanalyse. In: Studium Linguistik 2, S. 1-27.
- Minsky, M. (1975): Frame-system theory. In: R.C. Schank/B.L. Nash-Webber (eds.), Theoretical Issues in Natural Language Processing.
- Moerman, M. (1973): The Use of Precedent in Natural Conversation. A Study in Practical Legal Reasoning. In: Rechtstheorie 4, S. 207-229.
- Neumann, U. (1977): Die Kritik der juristischen Logik. In: Kaufmann/Hassemer (1977), S. 139-150.
- Opp, K.D. (1972): Gesetzliche und außergesetzliche Einflüsse auf das Verhalten von Richtern. In: Zeitschrift für Soziologie 1, S. 250-262.
- Otte, G. (1970): Zwanzig Jahre Topik-Diskussion. Ertrag und Aufgaben. In: Rechtstheorie 1, S. 183-197.
- Otto, H. (1976): Grundkurs Strafrecht. Allgemeine Strafrechtslehre. Berlin, New York.
- Perelman, Ch./L. Olbrechts-Tyteca (1969): The New Rhetoric. A Treatise on Argumentation. London.
- Quasthoff, U. (1973): Soziales Vorurteil und Kommunikation. Eine sprachwissenschaftliche Analyse des Stereotyps. Frankfurt.
- — (1978): The uses of stereotype in everyday argument. In: Journal of Pragmatics 2, S. 1-48.

- Rotdeuthner, H. (1973): Richterliches Handeln. Zur Kritik der juristischen Dogmatik. Frankfurt/M.
- Schneider, J./U. Schroth (1977): Sichtweisen juristischer Entscheidung. Argumentation und Legitimation. In: Kaufmann/Hassemer (1977), S. 254-272.
- Schnelle, H. (1975): Zur Explikation des Begriffs "Argumentativer Text". In: Linguistische Probleme der Textanalyse (= Sprache der Gegenwart 35), Düsseldorf, S. 54-76.
- Scott, M.B./St.M. Lyman (1968): Accounts. In: American Sociological Review 33, S. 46-62. Dt. Übers. in: Auwärter, M./E. Kirsch (Hrsg.) (1976), Seminar: Kommunikation, Interaktion, Identität, S. 73-114.
- Settekorn, W. (1977): Pragmatique et rhétorique discursive. In: Journal of Pragmatics 1, S. 195-210.
- Tammelo, J. (1977): Rechtslogik. In: Hassemer/Kaufmann (1977), S. 112-130.
- Toulmin, St. (1958): The Uses of Argument. Cambridge. Dt. Übers.: Der Gebrauch von Argumenten. Kronberg 1974.
- Viehweg, Th. (1953): Topik und Jurisprudenz. Ein Beitrag zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung. München.
- Winter, G. (1971): Tatsachenurteile im Prozeß richterlicher Rechtssetzung. In: Rechts-theorie 2, S. 171-192.
- Wunderlich, D. (1974): Grundlagen der Linguistik. Reinbek bei Hamburg.
- — (1976a): Studien zur Sprechakttheorie. Frankfurt/M.
 - — (1976b): Skizze zu einer integrierten Theorie der grammatischen und pragmatischen Bedeutung. In: ders. (1976a), S. 51-118.
 - — (1976c): Entwicklungen der Diskursanalyse. In: ders. (1976a), S. 293-398.

Anhang: Fallbeschreibungen

Fall T O.1

Anklage wegen gemeinschaftlichen Ladendiebstahls.

Den Angeklagten A_1 und A_2 wird vorgeworfen, aus dem Lagerraum eines Kaufhauses ein Kassettenradio gestohlen zu haben. A_1 und A_2 bestreiten dies und behaupten, sie hätten das Gerät bezahlen wollen, auf dem Weg zur Kasse seien sie jedoch von Kaufhausdetektiven angehalten worden. Zur Zeit des Vorfalls verfügten sie zusammen noch über 5,60 DM.

Beide Angeklagte sind mehrfach 'einschlägig' vorbestraft, sie werden zu 12 bzw. zu 9 Monaten Haft verurteilt.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A_1 , A_2 , als Zeugen Polizeibeamte und Kaufhausdetektive.

Fall T 1.1

Anklage wegen Trunkenheit im Verkehr in zwei Fällen, beide vom selben Tag. Der Angeklagte, ein Berufskraftfahrer aus K., dessen Frau seit Monaten im Krankenhaus liegt, hat am Sylvesternachmittag, nach Arbeitsschluß von Kollegen dazu eingeladen, in einer Kneipe reichlich Cola mit Rum zu sich genommen. Anschließend ist er in seinem Auto zur Nachbarstadt Ka. gefahren, um dort seinen elfjährigen Sohn von den Schwiegereltern abzuholen, derweil die neunjährige Tochter allein zu Hause in K. war. In Ka. wurde er von einer Polizeistreife angehalten und nach dem Alco-Test zur Blutprobe (2,15 Promille) in die Polizeistation von Ka. gebracht. Von dort fuhr er später zurück nach K., wurde auf dem Weg erneut vom Polizeibeamten aus Ka. angehalten und einer weiteren Blutprobe (1,75 Promille) unterzogen. Wegen der Rückfahrt von K. nach Ka. wird er als Wiederholungstäter angeklagt. Er wird zu einer Geldstrafe und zwölf Monaten Führerscheinentzug verurteilt.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, keine Zeugen.

Fall T 1.2

Anklage wegen Gefährdung des Straßenverkehrs und wegen unerlaubten Entfernens von der Unfallstelle.

Der Angeklagte, ein junger Landwirt, hat mit seinem PKW einen Peitschenmast gerammt. Für den daran entstandenen Schaden ist er später aufgekommen. Die Anklage wegen Fahrerflucht wird damit begründet, daß er nicht auf das Erscheinen der Polizei gewartet und sich auch selbst nicht bei einer Polizeidienststelle gemeldet hat. Allerdings hatte er einem Tatzeugen seine Adresse aufgeschrieben und sich darauf verlassen, daß dieser sie an die Polizei weitergeben werde. Dies ist – auf eine während der Verhandlung nicht genau geklärte Weise – auch geschehen. Das Verfahren wegen Fahrerflucht wird eingestellt. Wegen Gefährdung des Straßenverkehrs muß A eine Geldbuße bezahlen.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, keine Zeugen.

Fall T 1.3

Anklage wegen Unterschlagung eines Feuerzeugs.

Dem Angeklagten, einem Soldaten der Bundeswehr, wird vorgeworfen, nach einer Dienstfahrt ein – dem Offizier Z₁ gehörendes – Feuerzeug aus dem Handschuhfach des Dienstwagens herausgenommen, es dem Eigentümer aber nicht zurückgegeben zu haben. Der Zeuge Z₂, der A nach der besagten Dienstfahrt abgelöst hatte, bekundet, er habe gesehen, wie A das Feuerzeug an sich nahm, später sei er von A dazu aufgefordert worden, dies gegenüber Z₁ zu verschweigen.

Der Fall bleibt in der Verhandlung einigermaßen undurchsichtig. Das Verfahren wird vorläufig eingestellt, der Angeklagte muß ein Bußgeld zahlen.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, Z₁, Z₂ und Z₃ (als potentieller Entlastungszeuge).

Fall T 1.4

Anklage wegen Trunkenheit im Verkehr.

Der Angeklagte, von Beruf Übersetzer bei der Bundeswehr, gesteht seine Schuld ein und gibt auch zu, bemerkt zu haben, daß er fahruntüchtig war. Er ist 'einschlägig' vorbestraft und wird zu einer Geldstrafe sowie zehn Monaten Führerscheinentzug verurteilt.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, keine Zeugen.

Fall T 3.1

Anklage wegen Trunkenheit im Verkehr und wegen wiederholten Fahrens ohne Führerschein.

Dem Angeklagten, einem Arbeiter, ist nach einer Trunkenheitsfahrt der Führerschein vorläufig entzogen worden. Neben seiner Arbeit, der er in einer ca. 50 km entfernten Stadt nachgeht, trägt A frühmorgens zwischen halbvier und halbfünf Zeitungen aus. Zweimal hat er sich verschlafen und, da er fürchtete, den Zug zur Arbeit zu verpassen, die Zeitungen per Auto ausgetragen.

Er wird zu einer Geldstrafe und zwölf Monaten Führerscheinentzug verurteilt.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, keine Zeugen.

Fall T 4.1

Anklage wegen unerlaubten Entferns von der Unfallstelle.

Der Angeklagte, von Beruf Schornsteinfeger, war an einem Verkehrsunfall beteiligt. Schuld an diesem Vorfall war möglicherweise die Zeugin Z₁, doch das ist Gegenstand eines anderen Verfahrens. Dem Angeklagten wird vorgeworfen, an der Unfallstelle nicht auf die Polizei gewartet zu haben. Es besteht der Verdacht, daß er getrunken hatte. Allerdings hat A der Zeugin seine Adresse gegeben, er ist auch frühestens zehn Minuten nach dem Unfall weggefahren. A wird zu einer Geldstrafe verurteilt.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, V, Z₁ und weitere Zeugen.

Fall T 6.1

Anklage wegen Trunkenheit im Verkehr und wegen Fahrens ohne Führerschein.

Der Angeklagte, Maurer und wegen einer Unfallverletzung seit einem Jahr krankgeschrieben, ist am Abend des Rosenmontag mit 2,33 Promille am Steuer seines Wagens erwischt worden. Der Führerschein wurde vorläufig eingezogen. Trotzdem soll A nur vierzehn Tage später erneut gefahren sein. Zwei Polizeibeamte Z₂ und Z₃ bezeugen dies. Demgegenüber erklärt der Zeuge Z₁, er und nicht A habe am fraglichen Tag das Auto gefahren. Ihm wird in der Verhandlung ein Verfahren wegen Falschaussage angedroht. Die Aussage der Polizisten gilt als glaubwürdig, nicht weil sie Polizisten sind, sondern weil A in K, ein stadtbekannter Fußballspieler ist, so daß ein Irrtum über die Identität des Fahrers nicht in Frage zu kommen scheint.

A wird zu einer dreimonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, der Führerschein wird für achtzehn Monate eingezogen.

Verfahrensbeteiligte: S, R, A, Z₁, Z₂, Z₃.